

Ein Kommentar zur Berichterstattung der NZZ über Deutschland, insbesondere Energiewende, Klimaschutz und AfD

Sehr geehrter Herr Serrao

Am 25. Juni habe ich bei gefühlten 37 Grad getwittert: «Es vergeht kaum ein Tag an dem [@NZZ](#), [@marcfelixser-rao](#) und [@bazonline](#) nicht hässlich über Klimaengagierte schreiben & AfD ziemlich toll finden. Wie heiss muss es werden bis Klimaschützer nicht länger als ideologische Geistesranke dargestellt werden? 45, 52, 55 Grad?»

Sie haben mir zurück getweetet: «Sehr geehrter Herr Rechsteiner, haben Sie ein Beispiel für einen Text, in dem ich die AfD «toll finde»? Für Hinweise wäre ich dankbar. I.Ü. schreibe ich über niemanden «hässlich». Auch hier würde ein Beleg helfen, dann können wir uns gerne sachlich austauschen.»

Nach einigen anstrengenden, heissen Tagen habe ich nun Zeit gefunden, Ihnen «anständig», und damit meine ich, nicht im Twitter-Format, zu antworten. Es würde mich freuen, wenn Sie sich die Zeit nehmen, die nachfolgenden Zeilen zu lesen.

Was mich beim Lesen der NZZ und Ihres an sich spannenden Beitrags über den Evangelischen Kirchentag (<http://bit.ly/2Xc1MEG>) nicht zum ersten Mal in Rage brachte, ist die Darstellung der deutschen Klimabewegung als ideologisch, alarmistisch, «moralisch» oder einfach «doof».

Das fängt beim Titel an: «Evangelische Kirchentage: Hauptsache, links und grün?» oder «Leyendecker meint es gut» (Gutmensch?)

Dass ein Jugendlicher ob der jüngsten Klima-Berichte Zukunftshorror bekommt und dass ihn niemand tröstet, ist «doof». Und in diese Optik passen die Sonntagspredigten Ihres Chefredaktors Eric Gujer: «Die Grünen sind seit je Experten für Zeitgeist-Apokalypse». (<http://bit.ly/2NfQNFx>)

Dass christliche Religion und Kirchen sich den Auftrag geben, für ein friedliches Zusammenleben und die Bewahrung der Schöpfung einzutreten, sollte man ihnen nicht zum Vorwurf machen. Genau dafür bezahle ich meine Kirchensteuer und geniesse – selten – die Besinnlichkeit eines Gottesdienstes.

Ein Kirchentag ist kein Jahrmarkt und sollte kein Tummelplatz für Agitatoren der AfD werden, die ihre Wählerschaften gewinnen, indem sie Ängste, Hass und Fremdenfeindlichkeit anstacheln statt zu Lösungen beizutragen.

Die Frage wäre doch, ob die Kirche mit ihren Aktionen ihrem intrinsischen Ziel gerecht wird. Ihr Bericht verdeutlicht

mehr als nur zwischen den Zeilen, dass dies durchaus der Fall ist und dass ein Dialog mit «Konservativen» stattfindet. Der stigmatisierende Titel «links und grün» ist deshalb, auch mit Fragezeichen, in meinen Augen völlig unnötig.

In diesem Kontext könnte man sich fragen, weshalb denn «grün» plötzlich in aller Munde ist und bei den angeblich «Konservativen» (die bei genauem Hinsehen so bewahrend im Sinne des Wortes eben gerade nicht sind) als Bedrohung empfunden wird.

Dazu möchte ich vorausschicken, dass die NZZ äusserst dünn und meines Erachtens unsystematisch und ungenügend über die Fragen und Folgen der Klimaänderung referiert.

Politisch gesehen mag dies gar nicht mehr nötig erscheinen, denn das Problem holt uns ein und ist ein unmittelbar körperliches geworden, wenn die Temperaturen im Sommer bei uns 10 Grad über dem früher Gewohnten notieren. Bereits diese Indizien einer bevorstehenden Katastrophe sind für viele so offensichtlich geworden, dass man sie nicht mehr überzeugen muss, klimaengagierte Parteien zu wählen. In Zürich haben die bürgerlichen Parteien meines Wissens zum ersten Mal seit 170 Jahren ihre Mehrheit verloren. Oha.

Trotzdem wäre es mir lieber, eine grosse und wichtige Zeitung würde mehr Gewicht auf die Fakten legen, statt den Diskurs als «moralisch» zu diskreditieren.

Auseinandersetzung mit Fakten

Dazu gehörte zum Beispiel die Frage, ob die grossen Städte am Meer, also Hamburg, Kiel, London, NYC oder Shanghai überhaupt noch zu retten sind.

Nach allem, was sich bisher erkennen lässt, verläuft die Geschwindigkeit des Anstiegs des Meeresspiegels (derzeit 3,5 mm pro Jahr) exponentiell. Sie liegt heute bereits höher als der «worst case» aller früheren IPCC-Szenarien.

Das Szenario der amerikanischen Regierungsbehörde NOAA vom Sommer 2017¹ wonach der Meeresspiegel ab 2050 um drei und ab 2100 um 6 cm pro Jahr ansteigen dürfte, gewinnt deshalb rasant an Plausibilität und könnten sich sogar um einige Jahrzehnte nach vorne schieben, denn der IPCC hat aus lauter Angst, etwas falsch zu machen, bei seinen bisherigen Kalkulationen die Antarktis «vergessen», bzw. bloss in einer Fussnote abgehandelt, weil es dafür noch keine Modelle gegeben habe. Dass wir aber allein aus der Antarktis einen Anstieg um 1-2 Meter zu erwarten haben, zeichnet sich immer deutlicher ab. (<http://bit.ly/2xIRKkW>).

¹ National Oceanic and Atmospheric Administration NOAA: Climate Science Special Report, Fourth National Climate Assessment <https://science2017.globalchange.gov/downloads>,

Wieso war dieser Noaa-Report, der in der New York Times prominent referiert wurde, Ihrer Zeitung keine Zeile wert?

Ihr Korrespondent Sven Titz (<http://bit.ly/2lWqz6U>) wirft den Deutschen pauschal «Übereifer» vor und «Selbstkasteiung» vor. selbstverständlich sind Schweizer (wie ich) hier mitgemeint, die sich seit Jahrzehnten und nicht ohne Erfolg für eine emissionsfreie Energieversorgung engagieren. Titz spricht von einem angeblichem Kohleboom in Schwellenländern, während gerade dort (zum Beispiel in Indien) Dutzende Bestellungen von neuen Kohlekraftwerken storniert wurden (<http://bit.ly/2RONwvO>) und die Umstellung auf erneuerbare Energien läuft dort vielfach schneller ab als in den alten Industrieländern. Die letzten Kohleländer haben grösste Mühe, überhaupt noch Banken zu finden, die diese Anlagen finanzieren. (<https://reut.rs/2lYchTx>)

Titz verlangt mehr Offenheit, besonders in der deutschen Debatte, ist aber in Sachen Ökonomie der Stromerzeugung alles andere als auf der Höhe.

Er propagiert den Einkauf von Kompensationen in fernen Ländern: «Nutzen bringt zum Beispiel auch der Transfer von Klimaschutztechniken in Schwellenländer. Macht man eine Kosten-Nutzen-Rechnung auf, schneidet diese Massnahme oft besser ab. Alle Seiten profitieren: Werden in einem Schwellenland fossile Kraftwerke modernisiert oder durch ein Kraftwerk mit CO₂-neutraler Technologie ersetzt, bessert sich dort die Luft, die Emission von Treibhausgasen sinkt, und der Aussenhandel wächst.»

Die Behauptung, es sei bei uns teurer als anderswo, das Klima zu schützen, steht aber weitgehend unbewiesen im Raum. Denn einen schweren Mercedes gegen einen Tesla Modell 3 einzutauschen kostet gar nichts, es spart Geld, heute schon. Mit solchem Kaliber an «faulem Zauber» kämpft die NZZ wie auch die FDP Schweiz seit Jahren gegen die angebliche Ökodiktatur. Der neoliberale Effizienz-Diskurs ist eine bequeme Methode, den eigenen Habitus vor Änderungen zu schützen, den alten Lobbys zuzudienen und den Schwarzen Peter armen Ländern zuzuschieben. Im übrigen bin ich nicht gegen Effizienz im Umweltschutz, ich habe genau darüber drei Bücher geschrieben, die sich alle sehr gut verkauften.²

Die Pariser Ziele sind nur zu erreichen, wenn die CO₂-Emissionen auf netto null sinken. Der Diskurs über globalen Austausch von Zertifikaten ist deshalb eine regulative Sackgasse, schützt höchstens kurzfristig und , und nach allem was wir heute wissen, verlaufen die Vermeidungskosten in fast allen Energieverbräuchen sinkend oder sind sogar negativ, auf jeden Fall um ein Vielfaches billiger als

² Umweltschutz per Portemonnaie (1990), Unionsverlag, Grün gewinnt (2003), Orell Füssli, 100 Prozent erneuerbar (2012), Orell Füssli

die nachträgliche Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre.

Als Beispiel dazu sei erwähnt sei die jüngste Auktion in Brasilien angeführt, wo Strom zu US\$ 0.0165/kWh eingekauft wird (<https://reut.rs/2NIGOPq>) – eine direkte Folge der rot-grünen deutschen Energiepolitik von Herrmann Scheer (SPD), Hans-Josef Fell (Grüne) unter fallweiser Mitwirkung der CDU-CSU³. Gemäss Michael Liebreich (CEO von Bloomberg New Energy Finance) der tiefste je bezahlte Preis für Strom der Welt. Dass auch das der NZZ keine Zeile wert ist, daran haben wir uns längst gewöhnt, sorry.

Falschmeldungen zur Energiewende

Das Bild der überheblich bis zuweilen abstrusen NZZ-Berichterstattung über Deutschland wäre nicht vollständig, würde man nicht auch die Beiträge von Christoph Eisenring dazuzählen. Eisenring hat sich darauf spezialisiert, die epochalen Fortschritte, die global dank der deutschen Energiewende zustande kamen, als Initialzündung eines gigantischen rot-grünen Fiaskos darzustellen.

Ich weiss nicht, ob dies aus Unwissen oder aus ideologischer Voreingenommenheit passiert, vermute aber das letztere.

Photovoltaik und Windenergie onshore und offshore sind heute billiger als Kohle (<http://bit.ly/2RlzcVy>) und als jede andere Technik, selbst wenn man die Speicherkosten einrechnet. Sie revolutionieren die gesamte Energieversorgung (Verkehr, Wärme, Industrie) weltweit und wären auch in der Berliner Redaktionsleitung gelegentlich einen «second thought» wert.

Für Herrn Eisenring ist jeder industriepolitische Entscheid, etwa der Bau von Batteriefabriken, ein ordnungspolitischer Sündenfall. Dass es darum gehen könnte, anstehende Emissionsprobleme zu lösen und der gut geölten staatlichen Wirtschaftsförderung in China Ebenbürtiges entgegenzusetzen, hat keinen Stellenwert. Sein Widerstand gegen Batteriefabriken arbeitet dem anderen NZZ-Korrespondenten (Sven Titz) direkt in die Hand, der noch immer behauptet, es gäbe gar keine billigen Speicherlösungen für Strom. (<http://bit.ly/2IWqz6U>)

Deutschland, auf das man in dieser Zeitung oft naserümpfend herabschaut, hat entscheidende Vermeidungstechniken gegen die Klimaerhitzung vorgebracht; ähnliche Leistungen kann nur noch Kalifornien vorweisen, weil die Autokonzerne in Deutschland die Wende zu lange blockierten und vor Fälschungen nicht zurück schreckten.

Die technologischen Entwicklungen aus Deutschland wachsen inzwischen exponentiell und würden in

³ Dazu gehört das EEG und dessen Weiterentwicklung, aber auch schon das Stromeinspeisungsgesetz von 1991, das unter der Regierung Kphl entstand.

unternehmerischer und technischer Hinsicht wenigstens einen Hauch jener Aufmerksamkeit und Begeisterung verdienen, die Ihre Zeitung üblicherweise dem Silicon Valley und dem amerikanischen Erfindergeist angedeihen lässt.

Herr Eisenring hat aber auch nicht immer unrecht, wenn er die aktuelle Energiewende kritisiert, denn der CDU Energie- und Wirtschaftsminister ist selbst zu simplen Reformen wie die Abschaffung des Deckels für Windenergie und Photovoltaik offenbar unfähig.

Es gäbe aber konstruktive Stimmen im Chor der deutschen Diskussion wie zB. die Ökonomin Claudia Kemfert (<http://bit.ly/2IZ9MiP>). Wieso kommen diese effizienz- und reformorientierten Stimmen in der NZZ gar nicht oder nur selten zu Wort?

Opfer werden zu Tätern

Bekanntlich werden in Deutschland für den Tagebau Dutzende von Quadratkilometer Land geopfert und dauerhaft beispiellos beschädigt. In der letzten Woche legten Sie den Fokus darauf, dass die Demonstranten, die gegen den Garzweiler Tagebau der notorischen RWE protestieren, ein Feld zertrampelt haben. RWE und Bauern als Opfer, die Grünen als Täter. (<http://bit.ly/2JeaCBF>)

Man kann das tatsächlich so sehen und das Zertrampeln von Feldern ist sicher ein Schuss ins eigene Knie, aber ist es nicht ein wenig seltsam, dass die Blockadepolitik der subventionierten deutschen Kohlewirtschaft derart ungeschoren davonkommt und Leute, die sich dagegen wehren, publizistisch aufs Dach bekommen?

«Bejahung der Lebensfreude»

Ihr Autor Hans Ulrich Gumbrecht empfiehlt der Leserschaft, auf Klimapolitik zu verzichten, wörtlich ein «kollektives Ende in Würde», «eine letzte stoische Bejahung der Lebensfreude sein – im nüchternen Verzicht auf weit entfernte Jahrhunderte». (<http://bit.ly/2XmbN2p>)

Ihr Kolumnist ist nicht nur ein ausgesprochener Nihilist. Er täuscht sich insofern, als der Anstieg der Temperaturen die herkömmliche Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit nicht erst in «entfernten Jahrhunderten» beschädigt, sondern schon heute, und die Probleme nehmen zu, wenn wir auf Klimapolitik verzichten.

Bewahrung der liberalen Werte

Die NZZ verteidigt gemäss eigenen Aussagen die liberalen Werte. Gerade deshalb wundere ich mich, dass ausgerechnet über jene Berichte nicht oder kaum referiert wird, die diese liberalen Werte durch die Klimaerhitzung gefährdet sehen, zB. der UN-Bericht über die «Klima-Apartheid» (<http://bit.ly/2FCMii3>).

Stattdessen scheinen Sie sich über unliberale Haltungen vor allem dann zu sorgen, dass man die AfD «vom Kirchentag ausschliesst».

(<https://www.nzz.ch/international/kirchentagspraesident-hans-leyendecker-diese-leute-traeumen-vom-systemsturz-id.1424337>).

Hätte die AfD linke statt rechte Positionen, ja wäre dann die NZZ auch auf die Barrikaden, um Inklusion zu diskutieren? Ich weiss es nicht.

Ist Herr Maassen das Opfer?

Was die Berichterstattung der NZZ zur AfD anbelangt, hat mich die Gewichtung in Ihrer gut recherchierten Berichterstattung zu Herrn Maassen überrascht.

(<http://bit.ly/2JckQJ7>)

Einerseits wird dort das Bild eines intelligenten und aufrichtigen Sicherheitsbeamten gepflegt, der sich «mutig» gegen eine unbegrenzte Zuwanderung nach Deutschland äusserte.

Dazu gibt es mehreres zu sagen. Erstens war die Zuwanderung im Jahr 2018 stark gebremst und Maassens Bild stimmte schon lange nicht mehr. Deutschland hat in seiner Geschichte mehrmals Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen und dies recht erfolgreich. Abgesehen davon, dass sich heute keine einzige Partei eine Politik der offenen Grenzen propagiert, muss man sich fragen ob Syrer und Afghanen, die aus dem Krieg flüchten, vorab deshalb zurückgewiesen werden sollen, weil kein «deutsches Blut» in ihren Adern fliesst.

Angesichts der tiefen Geburtenrate gibt es gute Gründe gegen totale Abschottung weit über die Frage der Menschenrechte hinaus. Die Schweiz liefert gute Beispiele für erfolgreiche Integration. Darüber könnte man sprechen statt Herrn Maassen eine weitere Plattform gegen Frau Merkel einzuräumen.

Vor allem aber stellt sich bei Herrn Maassen die Frage, ob er als Sicherheitsbeamter je etwas taugte, wenn seine Sympathien so offensichtlich bei der AfD oder ihrem politischen Kurs liegen.

Der Verfassungsschutz hat sich mit islamistischen Gefährdern auseinander gesetzt (zu recht), aber es gelang ihm nicht, den braunen Sumpf rund um die NSU trocken zu legen.

Hetze und Drohungen gegen Politikerinnen und Politiker im Internet sind alltäglich und inzwischen sind auch Morde und Mordanschläge (Walter Lübcke, Frau Reker) Realität geworden. Hier wäre dann doch einmal zu

fragen, warum man der AfD, die diese Blogs bewirtschaftet, im deutschen Rechtsstaat so vieles durchgehen lässt.

Herrn Maassen müsste man fragen, was er getan hat, als im NSU Prozess sichtbar wurde, dass der Verfassungsschutz im Umgang mit extrem Rechten lange Jahre völlig versagt hat.

«Meinungsdiktatur»?

Liest man den Beitrag von Wolfgang Bok, kommt man zum Schluss, dass alle, die nicht grün wählen, inzwischen als Nazis bezeichnet werden. Dass diese Aussage einer prominenten Grünen ironisch gemeint und entsprechend markiert war, geht aus dem Gastbeitrag nicht hervor. «Spätestens seit der Flüchtlingswelle ab 2015 ist es für viele Journalisten wichtiger, die richtige Haltung zu zeigen, anstatt neutral zu informieren», schreibt der Berliner Medienwissenschaftler Norbert Bolz in der NZZ. (<http://bit.ly/2ZUR967>).

In der Quintessenz findet Ihre Berichterstattung die AfD nicht einfach «ziemlich toll». Diese Bemerkung von mir auf Twitter dürfen und sollten Sie ironisch verstehen. Aber es wird ein Klima der fehlenden Meinungsfreiheit herbeigeschrieben, die die AfD oft als Opfer erscheinen liess. (Ausnahme: Ihr letzter Kommentar <https://www.nzz.ch/meinung/die-afd-und-der-duenger-der-gewalt-ld.1491879>).

Und vor allem wird Ihre Beschreibung Deutschlands den unerhörten Leistungen dieses Landes, das die Energiewende eine wichtige Zeit lang fast einsam alleine anschob, nicht gerecht.

Ich wünsche Ihnen weiter viel Erfolg und – nochmals – ich bedanke mich für Ihre Berichterstattung. Und Ihre Bereitschaft zu einem Dialog.

Beste Grüsse

Rudolf Rechsteiner, Basel, 29. Juni 2019